

Ethisch fraglich, volkswirtschaftlich kurzfristig

Die integrative Schule, also die gemeinsame Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung, hat längst auch in Basel-Stadt und Baselland einen schweren Stand. Grund dafür ist die gestiegene Zahl von Kindern mit ausgeprägtem Unterstützungsbedarf, deren Verhalten den geregelten Unterricht unter den bestehenden Voraussetzungen vielerorts erschwert.

Vor allem in Baselland, wo separate Förderklassen (Kleinklassen) an den Regelschulen trotz Teilnahme am Sonderpädagogik-Konkordat, welches die Kantone zu einer möglichst integrativen Beschulung verpflichtet, nie abgeschafft wurden, schlägt das politische Pendel wieder deutlich in Richtung mehr Separation aus.

Dabei ergibt sich für den Landkanton ein Paradox: Zwar wird der Wunsch nach mehr Trennung im Unterricht von Kindern mit und ohne Förderbedarf primär von bürgerlicher, teils aber auch von linker Seite offen formuliert. Doch der Kanton, der die höchste Separationsquote der Schweiz aufweist, muss wieder stärker integrieren – nicht aufgrund einer bildungspolitischen Neuausrichtung, sondern weil die Sonderschulen vielerorts an ihre Kapazitätsgrenzen stossen.

Das Problem ist hausgemacht: Die Sonderschulen ersuchen den Kanton seit Jahren um zusätzliche Mittel für einen Ausbau. Dieser lehnt mit der Begründung ab, die Zahl der Schülerinnen und Schüler werde längerfristig wieder zurückgehen. Das mag auf einen Teil der Schülerschaft zutreffen. Im heilpädagogischen Bereich zeigt sich ein anderer Trend.

Die Zahl der Sonderschülerinnen und Sonderschüler ist in Baselland in den letzten Jahren markant gestiegen. Darunter sind immer mehr



Die Heilpädagogische Schule Liestal ist derzeit überbelegt. Der Kanton will einen Ausbau nicht finanziell unterstützen.

Bild: zvg

Kinder mit einem sehr hohen Betreuungsbedarf. Der Kanton erkennt diese Entwicklung an. Statt jedoch die Finanzierung so anzupassen, dass dem erhöhten Bedarf mit zusätzlichem Fachpersonal begegnet werden kann, plant er im sonderschulischen Bereich trotz des unerwarteten Gewinns von 157 Millionen Franken Einsparungen von 4,7 Millionen.

Die Folgen der Sparpolitik sind an den heilpädagogischen Schulen bereits sichtbar: Fachunterricht wurde gestrichen, Kindergartenstunden auf das gesetzliche Minimum reduziert, Ferienhort und Lager wurden abgeschafft.

Die Träger der Sonderschulen warnen, die Sparauflagen auf Dauer nicht tragen zu können. Sollten einzelne Träger ausfallen, hätte der Kanton kaum Kapazitäten, dies aufzufangen – zumal er mit dem sanierungsbedürftigen Kompetenzzentrum für Pädagogik, Therapie

und Förderung (KPTF) in Münchenstein nur eine einzige Sonderschule selbst betreibt.

Auch die bislang bekannten Lösungsansätze des Kantons bergen erhebliche Risiken. Erstens dürfen die Sonderschulen in Baselland neuerdings ausserkantonale Kinder nur noch in Ausnahmefällen aufnehmen. Diese Massnahme steht nicht nur mindestens in einem Spannungsverhältnis zum Sonderpädagogik-Konkordat. Sie bedeutet für den Kanton auch weniger Einnahmen.

Zweitens hat der Kanton Strategiemassnahmen und Projekte zur strukturellen Anpassung der Sonderschulen angekündigt. Wie sich diese konkret auf den Schulalltag auswirken werden, beabsichtigt der Kanton, erst nach Abschluss der laufenden Aufgabenprüfung darzulegen.

Von mehreren voneinander unabhängigen Quellen ist zu

vernehmen, dass sowohl bei integrativen als auch bei der separativen Beschulung Obergrenzen vorgesehen sind. Gleichzeitig plant der Kanton offenbar, auf der Primarstufe sonderpädagogische Massnahmen so weit wie gesetzlich möglich an die Gemeinden zu übertragen. Diese sind Träger von Kindergarten und Primarschule, kamen bislang aber nur für Fördermassnahmen auf, die sich nicht an Kinder mit Behinderung richten.

Konkret geht es dabei etwa um die Logopädie, aber anscheinend auch um den Behindertentransport. Ausserdem will der Kanton künftig bei der Sonderbeschulung nur noch jene Kosten übernehmen, die zusätzlich zur regulären Beschulung anfallen.

Nun ist grundsätzlich begrüssenswert, wenn die Sonderschulen nicht mehr überbelegt werden und auf Gemeindeebene der Fehlanreiz beseitigt

wird, Kindern einen Sonderschulstatus zu verpassen, um nicht mehr für ihre Förderung aufkommen zu müssen. Auch kann der geplante Personal- und Kompetenzausbau beim Schulpsychologischen Dienst dazu beitragen, dass Kinder schneller abgeklärt werden.

Der Kanton empfiehlt lediglich die aus fachlicher Sicht angezeigten Massnahmen. Die Kostengutsprache erfolgt durch die ohnehin grösstenteils finanziell stark belasteten Gemeinden. Sollten Massnahmen nicht bewilligt werden, dürften viele Familien nicht über ausreichend Wissen, Zeit, Energie und Geld verfügen, um den Rechtsweg zu bestreiten. Die Folge wäre, dass Kinder nicht die Förderung erhielten, auf die sie Anspruch hätten.

Auch können mehr Selektion und Obergrenzen die steigende Zahl an Sonderschülerinnen und Sonderschülern nicht auf magische Weise auflösen.

Wird beim Fachpersonal und den räumlichen Kapazitäten nicht ausgebaut, ist damit zu rechnen, dass noch mehr Kinder an der Regelschule auf einen Sonderschulplatz warten. In der Folge wären alle Beteiligten noch stärker belastet und die Qualität der Integration nähme zwangsläufig weiter ab.

Diese Entwicklung betrifft zunächst Kinder mit Behinderungen. Noch gar nicht erwähnt wurde eine weitere Gruppe: Kinder, deren Verhaltensauffälligkeiten primär soziale Ursachen haben. Ihre Zahl dürfte in den kommenden Jahren ebenfalls weiter steigen. Forschungsergebnisse zeigen, dass diese Kinder deutlich früher intensiver gefördert werden müssten. Beim Schuleintritt sind die Rückstände häufig bereits so gross, dass sie kaum mehr aufgeholt werden können.

Baselland hat inzwischen zwar analog zu Basel-Stadt eine Sprachstandserhebung vor dem Kindergarteneintritt eingeführt. Eine weitergehende Verpflichtung der Gemeinden scheut der Kanton jedoch – wohl aufgrund der heiligen Kuh Gemeindeautonomie, aber auch, weil dann erwartet werden würde, dass er auch finanziell mehr übernimmt.

Wie soll es also weitergehen mit Kindern mit erhöhtem Unterstützungsbedarf im Baselsbiet? Für die Beantwortung stellt sich zwangsläufig auch die Frage, an welchen Werten sich unsere Gesellschaft messen will.



Maria-Elisa Schrade
maria-elisa.schrade@chmedia.ch